



Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Deutschland e.V.  
Geschäftsstelle der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler  
Frauenbüros und Gleichstellungsstellen  
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

**Bundesminister  
Christian Lindner  
Bundesfinanzministerium  
Wilhemstr. 97  
10117 Berlin**

Berlin, den 16.08.2023

## Offener Brief - Kindergrundsicherung

Sehr geehrter Bundesfinanzminister Christian Lindner,

Die parlamentarische Sommerpause geht ihrem Ende zu und der Bundestag wird den Haushalt für die nächsten Jahre beschließen. Wir hoffen, dass die Kritik zahlreicher und namhafter Verbände an den Kürzungen im Sozialbereich Wirkung zeigt und Sie zu einem Umdenken bei der Bewilligung der geforderten Gelder bewegt. Uns liegt vor allem die Kindergrundsicherung am Herzen. Mit dem Entwurf einer grundsätzlichen Neugestaltung könnte es endlich gelingen, dass alle Kinder in besonders prekären Verhältnissen unterstützt werden. Die vom BMFSFJ geforderten 12 Mrd. Euro sind eine Investition in die Zukunft.

Deshalb sind wir darüber entsetzt, dass Sie nur 2 Mrd. Euro dafür vorsehen, das ist Sparen auf Kosten der Ärmsten in unserer Gesellschaft. Wir fordern Sie auf, die erforderlichen Finanzmittel von 12 Mrd. Euro freizugeben.

Die Neuregelung der Kindergrundsicherung soll endlich Leistungen in einer Hand zusammenbringen, damit das Geld da ankommt, wo es gebraucht wird. Bisher werden Beträge in Millionenhöhe erst gar nicht von den Berechtigten beantragt, da die Verfahren zu kompliziert sind. Das soll sich durch das neue Gesetz ändern.

### Jedes fünfte Kind ist arm

Deutschland ist ein wohlhabendes Land und trotzdem lebt hier jedes fünfte Kind in Armut. Eine große Gruppe sind Kinder von alleinerziehenden Müttern, die wegen ihrer

### **Bundessprecherinnen**

**Luisa Arndt**

Stadt Minden  
0571 89303  
l.arndt@minden.de

**Kathrin Brüninghold**

Stadt Hattingen  
023 242043010  
k.brueninghold@hattingen.de

**Kerstin Drobick**

Bezirksamt Mitte von Berlin  
030 901830248  
kerstin.drobick@ba-mitte.berlin.de

**Juliane Fischer-Rosendahl**

Bezirksamt Spandau von Berlin  
030 90279301  
j.fischer-rosendahl@ba-spandau.berlin.de

**Katja Henze**

Stadt Weißenfels  
03443 370466  
gleichstellung@weissenfels.de

**Ulrike Königsfeld**

StädteRegion Aachen  
0241 51982460  
ulrike.koenigsfeld@staedteregion-aachen.de

**Maja Loeffler**

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin  
030 902932050  
maja.loeffler@ba-mh.berlin.de

**Dr. Marie-Luise Löffler**

Stadt Heidelberg  
06221 5815520  
marie-luise.loeffler@heidelberg.de

**Konstanze Morgenroth**

Landkreis Leipzig  
03433 2414100  
konstanze.morgenroth@lk-l.de

**Christel Steylaers**

Stadt Remscheid  
021 91162257  
christel.steylaers@remscheid.de

**Silke Tamm-Kanj**

Stadt Würselen  
02405 671800  
silke.tamm-kanj@wuerselen.de

**Anja Wirkner**

Landratsamt Nürnberger Land  
09123 950655  
a.wirkner@nuernberger-land.de

**Elke Quandt**

Stadt Wolgast  
03836 251122  
elke.quandt@wolgast.de

**Sahra-Schirin Vafai**

Kolpingstadt Kerpen  
02237 58256  
sahra.vafai@stadt-kerpen.de

**Angelika Winter**

Stadt Trier  
0651 9506055  
angelika.winter@trier.de



Familienaufgaben oft nur in Teilzeit arbeiten können und entsprechend wenig verdienen. Diese, wie alle Kinder armer Familien, haben weniger Entwicklungschancen, haben weniger Möglichkeiten am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen und haben dadurch auch weniger Chancen eines guten Bildungsabschlusses.

Die BAG ist Dachverband von knapp 2000 kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, diese erleben in ihren Städten und Kreisen hautnah was Kinderarmut bedeutet und wohin sie führt.

### **Kinderarmut hat Folgekosten**

Natürlich benötigen Kinder mehr als reine finanzielle Absicherung, doch diese ist ein Grundstein dafür, dass auch gute Bildung ihre Wirkung voll entfalten kann. Denn nur durch angemessenen Wohnraum, ausreichend Nahrung und gute Versorgung mit Kleidung kann Wissen auf guten Boden fallen. Armut hat Folgen und erzeugt Folgekosten für die betroffenen Kinder und Familien, aber auch für den Staat im Bereich der Gesundheitsversorgung, der Bildungsbeteiligung und so auch bei der späteren Integration auf dem Arbeitsmarkt. Diese Kosten könnten zumindest minimiert werden, indem Kinder und Familien mit der Kindergrundsicherung zuverlässiger unterstützt werden. Dort zu sparen, spart am falschen Ende. Die Verhinderung von Kinderarmut ist auch ein Baustein, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

### **Es braucht einen großen Wurf**

Wir empfinden es als dringende Pflicht Ihrer Regierung Armutsrisiken zu verringern und gleiche Entwicklungs- und Teilhabechance für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Das geht nur mit ausreichendem Geld. Deshalb appellieren wir an Sie: Bitte geben Sie Ihre Blockadehaltung auf und genehmigen sie den geforderten Betrag von 12 Milliarden Euro. Mit den von Ihnen angekündigten 2 Milliarden Euro ist kein großer Wurf zu machen. Leidtragende sind die Ärmsten: Die Kinder – Unsere Zukunft!

### **Kinder sind wichtiger als eine schwarze Null!**

Es ist absurd und fernab politischer Realitäten in Krisenzeiten die "Schuldenbremse" einhalten zu wollen: Wer im Sozialbereich sparen will, riskiert, dass die Gesellschaft kippt – mit unabsehbaren Folgekosten.

Wir wünschen uns von Ihnen als Finanzminister der „Fortschrittskoalition“ innovative Ideen, wie der Staat an mehr Einnahmen kommt, um in die soziale Zukunft unseres Landes zu investieren. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Erhöhung der Erbschaftssteuer oder die Besteuerung von Übergewinnen und die Abschaffung des Ehegattensplittings wären gute Möglichkeiten! Mit der Abschaffung von klimaschädlichen Subventionen könnten laut Umweltbundesamt mehr als 65 Milliarden Euro eingespart werden, wenn Dienstwagenprivileg, Steuervergütungen von Diesel oder die Mehrwertsteuerbefreiung bei internationalen Flügen wegfielen. An Ansätzen mangelt es also nicht.

### **Große Unterstützung für Bekämpfung der Kinderarmut**

Und noch eine Bemerkung zum Schluss: Rund 70 Prozent der Bevölkerung unterstützt nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach) die Bekämpfung von Kinderarmut. Mehr als 65 Prozent wünschen sich, dass mehr für die Chancengerechtigkeit von Kindern unabhängig von der sozialen Herkunft getan wird (Quelle: [12032 Bericht Kindergeld 2021 fin.pdf \(ifd-allensbach.de\)](#)).



**Bundesarbeitsgemeinschaft  
kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen**

So haben Sie neben den besten Gründen und guten Ideen also auch noch Rückendeckung.  
Nun gilt es zu handeln.

Mit freundlichen Grüßen

Luisa Arndt

Bundessprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und  
Gleichstellungsstellen